

Auf dem Weg nach oben

Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in Europa

Auf der Jahrestagung „Entgrenzter Extremismus – Bedrohte Freiheit“ befasste sich die Leiterin der Europäischen Akademie Bayern, Birgit Schmitz-Lenders in ihrem Vortrag mit aktuellen Erscheinungsformen rechtsextremistischer und -populistischer Strömungen in der europäischen Parteienlandschaft. In Anlehnung an die Auffassung des Bundesamtes für Verfassungsschutz wies sie dabei zunächst auf ein grundlegendes Fehlverständnis hin, nach dem der Begriff des Extremismus zu Unrecht mit dem des Radikalismus gleichgesetzt wird. Dem gegenüber sei „Extremismus“ als aktive Verfassungsfeindschaft vom Begriff des „Radikalismus“ als legitimer Kritik an einer bestehenden Gesellschaftsordnung abzugrenzen, die nicht zwangsläufig gegen die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstoßen müsse.

Populismus versus Extremismus

Als kennzeichnend für eine extremistische Position werden – so Schmitz-Lenders – in der Regel drei Merkmale genannt: die Orientierung an der ethnischen Zugehörigkeit („Rasse“), die Infragestellung der rechtlichen Gleichheit der Menschen sowie ein antipluralistisches, antidemokratisches und autoritär geprägtes Gesellschaftsverständnis. Vor diesem Hintergrund ließen sich extremistische Parteien auch als Anti-System-Parteien verstehen, was diese insbesondere von populistischen Parteien unterscheidet.

In Abgrenzung zum Extremismus gebe sich populistische Politik volksnah, nutze die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke und biete vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme an. Populistische Parteytypen verstünden sich in der Regel als antielitär bzw. nicht abgehoben („Wir hier unten gegen die da oben“), neigten zu inszenierten, medienwirksamen Tabubrüchen, zielten auf klare Feindbilder („unser“ Sprachrohr gegen den „Feind“), verfügten über eine zentrale Leitfigur („Heilsbringer“ versus „Berufspolitiker“) und preisten die direkte Verbindung zwischen „Volk“ und Regierenden.

Zu den zentralen rechtspopulistischen Themen zählt Schmitz-Lenders u.a. die Bereiche Migration, Integration und Asyl, wobei die Einwanderung als Gefahr für die nationale Identität gesehen werde und der Islam als Feindbild fungiere. Zudem führe die Furcht vor multinationalen Konzernen und Institutionen zu einer populistisch gefärbten Globalisierungskritik, die eine nationalistische Abkoppelung vom internationalen politischen System als Lösung globaler Probleme propagiere. Insbesondere stünde die „korrupte“ und „bürokratische“ Europäische Union stellvertretend für sämtliche Negativfolgen, die den Modernisierungsprozess tatsächlich oder angeblich begleiteten. In sicherheitspolitischen Kontexten neigten Rechtspopulisten zudem zu einer Position des „Law and order“ sowie zu einer „Nulltoleranzstrategie“. Im Unterschied zu extremistischen Parteien ließen sich populistische Parteien jedoch nicht als „Anti-System-Parteien“, sondern als „Anti-Parteien-Parteien“ verstehen, insofern sie das demokratische System im Grunde bejahen und ihr Parteiprogramm an die Einstellungen potentieller Wähler anpassen.



Unter Nigel Farage wurde die UKIP mit 28 Prozent bei der letzten Europawahl die stärkste britische Partei im Europäischen Parlament.

Foto: Euro Realist Newsletter / wikimedia commons

Rechtspopulistische Parteien in Europa

Exemplarisch ging Birgit Schmitz-Lenders genauer auf verschiedene europäische rechtspopulistische Parteien ein, die teilweise auch rechtsextremistische Positionen vertreten, in nationalen Parlamenten repräsentiert und in einigen Fällen sogar an den nationalen Regierungen beteiligt sind.

Folgt man der Einordnung nach Werner T. Bauer von der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, so wird beispielsweise die UK Independence Party (UKIP) in Großbritannien mit ihrem Parteichef Nigel Farage als rechtspopulistisch, nationalistisch sowie EU-feindlich eingestuft. Mit einem Stimmenanteil von 28 Prozent bei der Europawahl in Großbritannien im Jahr 2014 wurde die UKIP die stärkste britische Partei im Europäischen Parlament.

Ähnlich wie bei der UKIP konnte auch der Front National (FN) in Frankreich bei der Europawahl 2014 mit 24,85 Prozent der Wählerstimmen als stärkste französische parteipolitische Kraft ins Europäische Parlament einziehen. Der FN mit seiner Parteivorsitzenden Marine Le Pen gilt ebenfalls als rechtspopulistische und nationalistische Partei, die sich latent bis offen antisemitisch zeigt, jedoch Abstand nimmt zu offen rechtsextremem Ideengut.



Heinz-Christian Strache errang bei der Landtagswahl im Herbst 2015 in Wien 31 Prozent.

Foto: Christian Jansky / wikimedia commons

Rechtspopulistisch und deutschnational sowie partiell rechtsextremistisch wird insbesondere die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) charakterisiert, die sich selbst als „soziale Heimatpartei“ bezeichnet. Unter ihrem Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache gelang ihr bei der Europawahl 2014 der Einzug ins Europäische Parlament mit einem Stimmenanteil von 19,7 Prozent. Darüber hinaus konnte die FPÖ bei der letzten Landtagswahl in Wien 2015 mit

31 Prozent der abgegebenen Stimmen nahezu ein Drittel der Wählerschaft an sich binden.

Ebenso wie die bisher genannten parteipolitischen Gruppierungen wird die niederländische Partei für die Freiheit („Partij voor de Vrijheid“, PVV) unter ihrem Vorsitzenden Geert Wilders als rechtspopulistisch und nationalistisch gekennzeichnet. Diese konservative Partei erreichte bei den Europawahlen 2014 immerhin ein Ergebnis von 13,2 Prozent der Stimmenanteile.

Rechtspopulisten im Europäischen Parlament

Zu den weiteren von Schmitz-Lenders spezifischer vorgestellten rechtspopulistischen Parteien in Europa gehören u.a. die nationalistischen, betont wertkonservativen und als ausländerfeindlich wahrgenommenen „Schwedendemokraten“, die rechtsradikale, neonazistische, rassistische und radikal einwandererfeindliche griechische „Goldene Morgenröte“, die regionalistische/sezessionistische und „radikal rechtslibertäre“ italienische „Lega Nord“ sowie die teilweise offen rechtsextreme und separatistische belgische „Vlaams Belang“. In Deutschland werden – was nicht weiter überrascht – u.a. die Alternative für Deutschland (AFD), Die Republikaner (REP) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zu den rechtspopulistischen Parteien gezählt, wobei die NPD auch als rechtsextrem eingestuft wird und eine völkisch-nationalistische wie auch re-vanchistische Ideologie vertritt.

Vor dem Hintergrund, dass rechtspopulistische Parteien spätestens seit den 1990er Jahren „salonfähig“ geworden sind und bei der Europawahl im Jahre 2014 deutliche Stimmenzugewinne verbuchen konnten, stellte Schmitz-Lenders schließlich die Frage, ob bzw. inwieweit die Rechtspopulisten auf dem Weg „nach oben“ seien. Immerhin sind acht rechtspopulistische Parteien seit Juni 2015 im europäischen Parlament in der neu gegründeten Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)“ unter den Fraktionsvorsitzenden Marine Le Pen (FN, Frankreich) und Marcel de Graaff (PVV, Niederlande) vertreten. Die ENF verfügt über insgesamt 39 Sitze und umfasst die folgenden Parteien: Vlaams Belang (Belgien, 1 Sitz), FN (Frankreich, 21 Sitze), Lega Nord (Italien, 5 Sitze), PVV (Niederlande, 4 Sitze), FPÖ (Österreich, 4 Sitze), Kongress der Neuen Rechten (Polen, 2 Sitze), Partidul Romania Unita (Rumänien, 1 Sitz) und Vereinigtes Königreich (ehemals UKIP, Großbritannien, 1 Sitz).

Die Motive, weshalb die Rechtspopulisten auf der europäischen Ebene über alle nationalen Orientierun-

gen hinweg inzwischen gut miteinander kooperieren, liegen – so Schmitz-Lenders – neben dem gemeinsamen neuen Feindbild der EU als verbindendem Element vor allem in der „Anti-Islam-Thematik“ sowie in der Asyl- und Flüchtlingskrise in Europa begründet. Gerade der Umgang mit der Flüchtlingsproblematik liefere aktuell überall in Europa „Wasser auf die Mühlen“ der Rechtspopulisten. So habe aktuell insbesondere die österreichische FPÖ von der Flüchtlingskrise deutlich profitiert, ebenso wie die Rechtspopulisten in Schweden und Dänemark von der Asyldebatte. Weitere besorgniserregende Indizien für eine Radikalisierung im Umgang mit der Migrationsthematik zeigten sich beispielsweise auch in Polen in rechtspopulistischen Kreisen durch die Forderung „Bitte nur

christliche Flüchtlinge!“ sowie in Deutschland durch die steigende Zahl an Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte.

Der von Schmitz-Lenders skizzierte Rechtsruck in Europa sollte alle politischen Bildner mit Sorge erfüllen. Es bleibt daher für die politische Bildung die Aufgabe, die rechtsextremistischen und -populistischen Tendenzen mit ihren ideologisch zugespitzten Vereinfachungen und inhumanen Feindbildern aufzudecken und sich mit diesen – auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes – kritisch auseinanderzusetzen.

*Prof. Dr. Andreas **Brunold** /
Dr. Bernhard **Ohlmeier**, Universität Augsburg*
